SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells

Giddens, Anthony

Postprint / Postprint
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Giddens, A. (2009). Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells. *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid*, Politische Soziologie 2009/2, 9-34. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-206095

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells[1]

Anthony Giddens

Das europäische Sozialsystem wird oft als das Juwel in der Krone betrachtet – als das vielleicht wichtigste Merkmal der besonderen Qualität europäischer Gesellschaften. Im Mai 2003 schrieben Jürgen Habermas und Jacques Derrida, zwei der bedeutendsten Intellektuellen dieses Kontinents, einen öffentlichen Brief, der von der Zukunft Europas nach dem Krieg im Irak handelte. Eine tragende Rolle darin spielten die wohlfahrtsstaatlichen „Garantien sozialer Sicherheit", „das Vertrauen der Europäer in die zivilisierende Macht des Staates" und dessen Fähigkeit „‚Marktversagen' zu korrigieren" (Habermas/Derrida 2005). Die meisten anderen Beobachter würden zustimmen, jedenfalls diejenigen, die dem Projekt der Europäischen Union wohlwollend gegenüberstehen. Das „Europäische Sozialmodell" (ESM) ist zu einem fundamentalen Bestandteil dessen geworden, wofür Europa heute steht.

Gibt man bei der Internet-Suchmaschine Google „ESM" ein, erscheinen 11.200.000 Einträge. Die enorme Verbreitung des Begriffes spiegelt womöglich die Tatsache wider, dass das Europäische Sozialmodell, wie vieles andere im Kontext der Europäischen Union, im Kern umstritten ist. Die Idee ist zwar von zentraler Bedeutung, aber wenn wir versuchen, sie mit mehr Genauigkeit zu beschreiben, scheint sie uns doch immer wieder zu entfliehen. Im Übrigen zeigt sich, dass viele nichteuropäische Staaten das angeblich so besonders Europaspezifische durchaus teilen.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass das Europäische Sozialmodell weder ausschließlich europäisch sei noch durchweg sozial – und abgesehen davon auch kein Modell (Diamantopolou 2005). Sofern „Europäisches Sozialmodell" bedeutet, dass es effektive sozialstaatliche Institutionen geben soll und Ungleichheiten zu begrenzen seien, sind einige außereuropäische Industriestaaten europäischer als manches Land in Europa. Australien und Kanada zum Beispiel übertreffen in dieser Hinsicht Portugal und Griechenland – von den meisten neu hinzugekommenen Mitgliedern der jüngst erweiterten Europäischen Union ganz abgesehen. Und ausschließlich sozial ist das Europäische Sozialmodell deshalb nicht, weil es – ganz gleich, wie man es definiert – in fundamentaler Weise von ökonomischem Wohlergehen und der Umverteilung erwirtschafteter Erträge abhängt. Ein einheitliches Modell ist es nicht, weil zwischen den europäischen Ländern große Unterschiede hinsichtlich der Sozialsysteme, der Ungleichheitsverhältnisse sowie auf etlichen anderen Gebieten bestehen.

Aus diesen Gründen machen viele verschiedene Definitionen des Europäischen Sozialmodells die Runde. Allen gemeinsam ist freilich ihr Bezug auf den Sozialstaat. Daniel Vaughan-Whitehead zum Beispiel führt nicht weniger als 15 Bestandteile des Europäischen Sozialmodells an (Vaughan-Whitehead 2003). Daraus sollten wir vermutlich vor allem den Schluss ziehen, dass das Europäische Sozialmodell kein einheitliches Konzept ist. Vielmehr handelt es sich um ein Gemisch aus Werten, Errungenschaften und Hoffnungen, die hinsichtlich ihrer Form und des Grades ihrer Verwirklichung in den einzelnen europäischen Staaten unter-schiedlich ausfallen. Meine eigene Liste von Kriterien für das Europäische Sozialmodell sieht so aus:

---

1 Bereits erschienen in: Europäische Politik, März, 2006. Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Abt. Internationale Politikanalyse (Godesberger Allee 149, 53175 Bonn). ISBN: 3-89892-489-0. Aus dem Engl. von Tobias Dürr

- Ein entwickelter und interventionsfähiger Staat, gemessen am Anteil der Steuerabgaben am Bruttosozialprodukt.
- Ein robustes Sozialsystem, das effektiven Schutz bietet – zu einem nicht unbeträchtlichen Grad für alle Bürger, am meisten jedoch für die Bedürftigsten der Gesellschaft.
- Die Begrenzung oder Eindämmung wirtschaftlicher und anderer Formen von Ungleichheit.
- Eine Schlüsselrolle bei der Bewahrung dieser Institutionen spielen die so genannten Sozialpartner, also die Gewerkschaften und andere Organisationen, die die Rechte der Arbeitnehmer vertreten.
- Und: Jede der hier genannten Eigenschaften des Europäischen Sozialmodells muss zur Ausweitung von Wohlstand und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

Dem Europäischen Sozialmodell liegt eine Anzahl grundlegender Werte zugrunde: Risiken sollen über die gesamte Gesellschaft hinweg verteilt sein; Ungleichheiten, die anderenfalls die gesellschaftliche Solidarität bedrohen würden, sollen eingedämmt werden; die Schwächsten sollen durch aktive soziale Intervention geschützt werden; in der Industrie soll eine Kultur der Konsultation (statt Konfrontation) kultiviert werden; schließlich soll ein umfassender Bestand von sozialen und wirtschaftlichen Bürgerrechten für die Bevölkerung insgesamt gesichert werden.

Vergangenheit und Zukunft

So gut wie alle, Unterstützer und Gegner gleichermaßen, sind sich darin einig, dass das Europäische Sozialmodell gegenwärtig unter hohem Druck steht – oder sogar zu scheitern droht. Wir sollten diese Lage jedoch in ihren größeren Zusammenhang einordnen. Manche betrachten die sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts als das „Goldene Zeitalter“ des Wohlfahrtsstaates: Damals sei die Wachstumsrate hoch gewesen und die Arbeitslosigkeit niedrig. Es habe sozialer Schutz für alle bestanden – und die Bürger hätten sich insgesamt viel sicherer fühlen können als heute. Aus dieser Perspektive betrachtet haben externe Kräfte, vor allem jene der Liberalisierung, das Europäische Sozialmodell „angegriffen“, es immer weiter geschwächt und zum Teil bereits zerstört.

Die Wirklichkeit ist jedoch komplizierter. In den EU-Mitgliedsländern Spanien, Portugal, Griechenland sowie in den meisten der später beigetretenen Staaten hat es überhaupt kein „Goldenes Zeitalter“ gegeben, denn hier waren die wohlfahrtsstaatlichen Vorkehrungen schwach und ungenügend. Selbst in den Staaten mit fortgeschrittenen Wohlfahrtssystemen war im „Goldenen Zeitalter“ in Wirklichkeit längst nicht alles golden. Die Ära war gekennzeichnet durch Massenproduktion und bürokratische Hierarchien, die Managementtechniken waren oftmals autokratisch, und viele Arbeiter mussten Fließbandtätigkeiten verrichten. Nur wenige Frauen konnten Erwerbsarbeit finden, wenn sie dies wünschten. Nur ein winziger Anteil der jungen Leute erreichte höhere Schul- oder Hochschulabschlüsse. Das Niveau der damaligen Gesundheitsversorgung war niedriger als heute. Ältere Arbeitnehmer wurden durch rigide Regelungen des Renteneintrittsalters aus dem Erwerbsleben verdrängt. Der Staat behandelte die Bevölkerung grundsätzlich eher als passive Untertanen denn als aktive Bürgerinnen und Bürger. Einige der Veränderungen der Wohlfahrtssysteme im Laufe der vergangenen 30 Jahre hatten zum Ziel, diese Defizite zu beseitigen. Sie waren daher ebenso fortschrittlich wie notwendig.

Natürlich hat sich die Welt seit dem Ende des „Goldenen Zeitalters“ massiv verändert. Das Europäische Sozialmodell und auch die Europäische Union selbst waren in gewissem Sinn Nebenprodukte der bipolaren Welt jener Ära. Die „gemischte Ökonomie“ und der keynesianische Wohlfahrtsstaat dienten dem Zweck, Westeuropa zugleich gegenüber dem amerikanischen Marktliberalismus und gegenüber dem staatszentrierten Sowjetkommunismus abzugrenzen. Der Fall der Berliner Mauer – in gewisser Hinsicht Europas Nine-Eleven (Friedman 2005) – veränderte den Charakter der Europäischen Union nahezu vollständig. Die Identitätsprobleme, die dieser Umbruch auslöste, sind bis heute nicht gelöst. Ein beredtes Zeugnis davon legt nicht zuletzt die Weigerung der Bürger von Frankreich und den Niederlanden ab, dem europäischen Verfassungsentwurf zuzustimmen.

Der Niedergang des Keynesianismus im Westen und der Zusammenbruch des Sowjetkommunismus sind mehr oder weniger auf dieselben Trends zurückzuführen: auf die Intensivierung der Globalisierung, auf den Aufstieg einer weltweiten Informationsgesellschaft, auf das Schrumpfen der Industrie (und ihren Transfer in weniger entwickelte Länder). Hinzu kommen der Aufstieg neuer Formen von Individualismus und Verbrauchermacht. Diese Veränderungen waren nicht bloß vorübergehend; ihr Einfluss bleibt bestehen und setzt sich weiter fort.

Der Begriff des „Europäischen Sozialmodells“ hat keine lange Geschichte. Er wird erst seit den frühen achtziger Jahren verwendet, schon vorher allerdings war vom „Sozialen Europa“ die Rede gewesen. Es ist kein Zufall, dass die Kategorie genau zu der Zeit eingeführt wurde, als die marktliberale Weltanschauung ihren Aufstieg erlebte. Der Begriff des Europäischen Sozialmodells war Bestandteil des Versuchs, die Besonderheiten des „europäischen Ansatzes“ im Gegensatz zur neuen Orthodoxie des Marktes zu bekräftigen.

Die großen globalen Trends waren von fundamentaler Bedeutung. Entscheidend ist jedoch die Einsicht, dass die heutigen Probleme des Europäischen Sozialmodells ihre Ursachen nicht bloß in den Veränderungen der internationalen Umwelt haben. Einige der Kernprobleme sind hausgemacht – oder doch bestenfalls lose verbunden mit den Veränderungen auf der Welt insgesamt. Zu diesen Kernproblemen gehören demografische Veränderungen, besonders das Altern der Bevölkerung, das damit verbundene Problem der Rentenfinanzierung und der rapide Geburtenrückgang. Zu ihnen gehören ferner Veränderungen der Familienstrukturen: viel mehr Alleinerziehendenfamilien als früher, mehr Frauen und Kinder, die in Armut leben. Zu den Kernproblemen gehören schließlich hohe Erwerbslosenraten, für die zum Teil nicht reformierte Arbeitsmärkte verantwortlich sind.

Manche Beobachter neigen dazu, die Schwierigkeiten zu unterschätzen, vor denen Europa heute steht. Dies gilt besonders dann, wenn die Europäische Union beziehungsweise deren 15 Mitglieder bis 2004 (die so genannte EU-15) mit den Vereinigten Staaten verglichen werden (vgl. beispielsweise Rifkin 2004). Die Europäer, so argumentieren die Verharmloser der Lage, hätten nun einmal eine Lebensstilentscheidung getroffen. Sie hätten also ganz bewusst auf einen bestimmten Anteil des möglichen Wachstums verzichtet, um ein höheres Maß von Freizeit und Muße zu erlangen als die Mehrheit der Amerikaner. Die Produktivität in einigen Staaten der Europäischen Union könne hingegen mit jener in den Vereinigten Staaten mithalten. Gerade weil die europäischen Sozialsysteme stärker ausgebaut seien als die amerikanischen, gebe es in Europa weniger Menschen, die trotz Erwerbsarbeit in Armut leben müssten (working poor), als in den Vereinigten Staaten.

Die aktuelle Forschung zeigt, warum diese Vorstellungen nicht überzeugen können (vgl. besonders Sapir u. a. 2003). Das durchschnittliche Wachstum in den Ländern der EU-15 ist seit den achtziger Jahren im europäisch-amerikanischen Vergleich kontinuierlich zurückgegangen. Die Vereinigten

Staaten hatten nicht nur höheres Wachstum, sie erlebten in dieser Periode auch größere wirtschaftliche Stabilität. Zu etwa einem Drittel ist das niedrigere europäische Bruttosozialprodukt pro Kopf die Folge durchschnittlich niedrigerer Arbeitsproduktivität. Zu einem weiteren Drittel ergibt es sich aus den kürzeren europäischen Arbeitszeiten. Und ein drittes Drittel macht die in Europa niedrigere Erwerbsquote aus. Keine dieser Entwicklungen entspringt aus irgendwelchen europäischen „Vorlieben" oder bewussten Entscheidungen – aber jede einzelne von ihnen gefährdet die Zukunftsfähigkeit des Europäischen Sozialmodells. 20 Millionen Menschen sind in der Europäischen Union arbeitslos, 93 Millionen sind wirtschaftlich inaktiv: Das sind weitaus höhere Raten als in den Vereinigten Staaten. Die Erwerbsquote älterer Arbeitnehmer (über 55) in der EU beträgt 40 Prozent, verglichen mit 60 Prozent in den Vereinigten Staaten und 62 Prozent in Japan.

Kein Zweifel, einige dieser Unterschiede mögen sich aus einer europäischen „Vorliebe für Muße" sowie einer besseren Balance zwischen Beruf und Familie als in den Vereinigten Staaten ergeben. Zugleich jedoch leben in Europa sehr viele Menschen, darunter besonders Jüngere und über 55-Jährige, die arbeiten wollen aber ganz einfach keine Arbeit finden. Dasselbe gilt für Einwanderer. Die Vereinigten Staaten sind weitaus er-folgreicher darin, Einwanderer in den Arbeitsmarkt zu integrieren als die Länder der Europäischen Union. Die Erwerbslosenquote unter Ausländern in den Ländern der EU-15 lag 2002 mehr als doppelt so hoch wie die der Einheimischen. In den Vereinigten Staaten sind beide Raten fast identisch. Die Erweiterung der Europäischen Union hat eine Vielzahl neuer Themen aufgeworfen, die nur sehr wenig mit der vermeintlichen europäischen „Vorliebe für Muße" zu tun haben. Durch sie hat sich die Bevölkerung der Union um 20 Prozent erhöht, das europäische Bruttosozialprodukt jedoch nur um 5 Prozent. Das vergrößert die Probleme der Ungleichheit und der Kohäsion sowohl zwischen den Mitgliedsländern wie innerhalb der einzelnen europäischen Staaten.

Es gibt daher gute Gründe für die Folgerung, dass die Nachhaltigkeit des bestehenden Europäischen Sozialmodells im Laufe der vergangenen Jahre immer zweifelhafter geworden ist (Sapir 2003: 97). Höheres durchschnittliches Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze gehören ganz an die Spitze der politischen Prioritäten, denn die bisherige Mischung aus niedrigem Wachstum und steigenden öffentlichen Ausgaben kann so ganz einfach nicht mehr weitergehen.

Europäische Variationen

Einige Staaten der Europäischen Union haben sich jedoch erheblich besser geschlagen als andere. Eine Minderheit von Ländern, ganz besonders die nordischen Staaten (einschließlich der EU-Nichtmitglieder Norwegen und Island) sowie die Niederlande, Österreich und Großbritannien weisen vergleichsweise gute Bilanzen auf. Die nordischen Länder besitzen zugleich die am weitesten entwickelten Formen des Europäischen Sozialmodells und die höchsten Erwerbsquoten. Bemerkenswert ist, dass die Länder mit der günstigsten Wachstums- und Wohlstandsentwicklung zugleich diejenigen Länder sind, die am reformfreudigsten waren: im Hinblick auf den Sozialstaat und das Rentensystem, auf die Bildung, den Arbeitsmarkt sowie den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie.

In Kontinentaleuropa und in den Mittelmeerländern sieht das Bild anders aus. Deutschland und Italien weisen niedrige Wachstumsraten in Verbindung mit hohen Raten von Erwerbslosigkeit auf. Frankreich hat in der jüngeren Vergangenheit mehr Wachstum erwirtschaftet, aber hier ist die Arbeitslosigkeit (einschließlich der Jugend- und Langzeiterwerbslosigkeit) besonders hoch. In diesen

Ländern führt die Kombination von ausgeprägter Regulierung der Arbeitsmärkte und starkem Einfluss der Gewerkschaften zu Insider/Outsider-Arbeitsmärkten. Das bedeutet: Wer einen unbefristeten Arbeitsplatz besitzt, kann gut zurechtkommen – aber wer draußen ist, dem ergeht es erheblich schlechter. Die Zahlen der Langzeitarbeitslosen sind hoch, und viele Menschen flüchten in sekundäre (Schwarz-) Arbeitsmärkte, die jeder staatlichen Regulierung entzogen sind.

Einige Apologeten der schwachen ökonomischen Leistungen Europas haben behauptet, das fundamentale „Problem" der Europäischen Union sei Deutschland. Man müsse nur Deutschland aus den Wirtschaftsstatistiken herausrechnen, und schon stehe die Europäische Union fast genauso gut da wie die Vereinigten Staaten – und bekanntlich habe sich Deutschland mit den Schwierigkeiten der Wiedervereinigung herumzuschlagen gehabt (Leonard 2005: 71-73). Richtig ist: Deutschland steht tatsächlich vor sehr schwierigen Aufgaben. Noch Mitte 2005 betrug die deutsche Wachstumsrate buchstäblich Null. Die Arbeitslosenquote liegt in Deutschland über 11 Prozent (in den ostdeutschen Bundesländern beträgt sie 20 Prozent).

Weil Deutschland so groß ist, ist tatsächlich alles, was in der deutschen Wirtschaft geschieht, wichtig für den Rest von Europa. Aber die These, dass allein die deutschen Probleme die gesamte wirtschaftliche Malaise Europas erklären könnten, entbehrt jeder Grundlage. Fehlende Arbeit und ausbleibendes Wachstum – diese fundamentalen Probleme Europas sind beileibe nicht nur in Deutschland zu Hause, sondern auch in Frankreich, in Italien sowie in gewissem Maße in Spanien und Griechenland (und neuerdings in einigen der neuen EU-Mitgliedstaaten). Der frühere Motor des europäischen Fortschritts, die deutsch-französische Achse, ist im Laufe der vergangenen Jahre in ökonomischer Hinsicht mehr und mehr zu Europas Bremse geworden.

Der österreichische Wirtschaftswissenschaftler Karl Aiginger hat für die Zeit zwischen den frühen neunziger Jahren und heute die am besten funktionierenden europäischen Staaten (Dänemark, Finnland und Schweden) mit den drei großen Verlierern (Deutschland, Frankreich und Italien) verglichen (Aiginger 2005). Er vergleicht außerdem die beiden Kategorien von Ländern mit den Vereinigten Staaten. Dabei stellt sich heraus: Die Sozialleistungen fallen in den drei am besten funktionierenden Ländern Europas umfangreicher aus als in Frankreich, Deutschland oder Italien – und sie sind bei weitem großzügiger als in den Vereinigten Staaten. Zugleich aber sind die drei führenden europäischen Staaten genauso wettbewerbsfähig und dynamisch wie die USA. Ihre Wachstumsraten im Vergleichszeitraum lagen ebenso hoch wie die amerikanischen. Mit Erwerbsquoten von durchschnittlich über 70 Prozent liegen sie zwar hinter den Vereinigten Staaten, aber um Längen vor den Schlusslichtern in Europa, die nur 61,9 Prozent erreichen. Die öffentliche Verschuldung fällt in Dänemark, Finnland und Schweden deutlich niedriger aus als in Amerika und in den drei großen Staaten Europas.

Vor diesem Hintergrund hat das Europäische Sozialmodell für die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gegenwärtig nur geringe Bedeutung. Die Erweiterung der Union auf 25 Mitglieder hat sowohl die nationalen wie die regionalen Ungleichheiten innerhalb Europas sogar noch weiter verschärft. Das Pro-Kopf-Einkommen in den weniger entwickelten Ländern liegt unter der Hälfte des EU-Durchschnitts; in einigen der reicheren Länder hingegen beträgt es bis zu 140 Prozent des durchschnittlichen Wertes. Einige der neuen Mitgliedstaaten, besonders die kleineren, hoffen ihre Zukunft zu gewinnen, indem sie sich an Irland orientieren. Die Slowakei beispielsweise strebt an, im Verhältnis zum „Alten Europa" zu einem „Tiger" zu werden. Schließlich ist die Republik Irland eine grandiose europäische Erfolgsgeschichte. Tatsächlich kann das Land auf eine lange Periode hoher

Wachstumsraten zurückblicken und hat sich von einem der ärmsten Länder Europas zu einem der reichsten entwickelt.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass „das Europäische Sozialmodell in den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union kaum diskutiert" werde (Schmögernová 2005). Die meisten von ihnen haben alle Hände voll damit zu tun, die aus der kommunistischen Vergangenheit geerbten Sozialsysteme zu reformieren. Die Schwierigkeiten dabei sind beträchtlich. In der Slowakei zum Beispiel beträgt die Arbeitslosigkeit 17 Prozent. Der Anteil der Menschen mit Einkommen unterhalb der Armutsgrenze ist stark angestiegen, das Niveau von Bildung und Gesundheitsversorgung ist niedrig. In Polen wiederum betrug im Jahr 2003 die Arbeitslosigkeit 17,9 Prozent – und bei den unter 25-Jährigen nicht weniger als 39,5 Prozent.

Irland selbst weist so hohe Werte ökonomischer und gesellschaftlicher Ungleichheit auf, dass es unter diesem Gesichtspunkt zu den Schlusslichtern unter den Staaten der Europäischen Union zählt. Zugleich jedoch ist die Zukunft des Europäischen Sozialmodells für die neuen Mitgliedsländer eine hochgradig wichtige Frage, weil sie im Zuge ihres Aufholprozesses die eigenen Reformbemühungen verstärken und neue Sozialsysteme aufbauen müssen. Von europäischer best practice zu lernen liegt in ihrem Interesse ganz genauso, wie es im Interesse älterer Mitgliedstaaten der Europäischen Union liegt (Glatzer/Rueschemeyer 2005).

Politische Kontroversen

Unter Sozialstaatsexperten tobt eine heftige Debatte darüber, wie sehr innerhalb der einzelnen Sozialsysteme in Europa „Pfadabhängigkeiten" existieren, die das Lernen voneinander erschweren. Im Anschluss an die Arbeiten von Gøsta Esping-Andersen herrscht weitgehendes Einvernehmen darüber, dass in Europa drei oder vier Haupttypen von „Wohlfahrtskapitalismus" bestehen (Esping-Andersen 1989). Diese sind erstens der nordische Typus, der auf hoher Besteuerung und ausgedehnten Erwerbsmöglichkeiten innerhalb des Sozialstaates selbst beruht; zweitens der zentraleuropäische Typus (Deutschland, Frankreich), basierend hauptsächlich auf einer hohen Belastung des Faktors Arbeit; drittens der angelsächsische Typus, angeblich eine „residuale" Form von Sozialsystem mit niedrigerer Steuerlast und gezielter ansetzenden Programmen. Der vierte Typus neben den von Esping-Andersen ursprünglich benannten ist der mediterrane (Italien, Spanien, Portugal, Griechenland), der ebenfalls eine vergleichsweise niedrige Steuerquote aufweist und in starkem Maße auf innerfamiliäre Unterstützung angewiesen ist.[2]

Esping-Andersen hat viel Aufhebens um das „Trilemma der Dienstleistungsökonomie" gemacht, wie es ursprünglich von Torben Iversen und Anne Wren formuliert wurde (Iversen/ Wren 1998: 507-546). Dieses Trilemma begrenze die Möglichkeiten, einheitliche politische Lösungen für alle diese verschiedenen Typen zu finden und anzuwenden. Die Grundidee der Trilemma-These ist, dass es in einer modernen Dienstleistungsökonomie unmöglich sei, gleichzeitig einen ausgeglichenen Staatshaushalt, geringe Ungleichheit der Einkommen und ein hohes Beschäftigungsniveau zu erreichen. Regierungen könnten mit Erfolg jeweils zwei dieser Ziele zugleich verfolgen, nicht aber alle drei auf einmal. Die Differenzen zwischen den verschiedenen Typen des Wohlfahrtskapitalismus

2 Maurizio Ferrara scheint der Erste zu sein, der diesen vierten Typus identifiziert hat: Le Trappole del Welfare, Bologna: Il Mulino 1998.

lägen zum Teil darin begründet, dass sie sich für unterschiedliche Zielkombinationen entschieden hätten.

In den nordischen Staaten beispielsweise fungiert der Sozialstaat als Arbeitgeber, der eine zunehmende Zahl von Dienstleistungsjobs im öffentlichen Sektor zur Verfügung stellt. Die Besteuerung muss unter diesen Umständen hoch sein, die Tendenz zu Haushaltsdefiziten ist groß. Die angelsächsischen Länder wie Großbritannien und Australien wiederum haben viele neue Arbeitsplätze im privaten Sektor geschaffen und Haushaltsdisziplin gehalten, sind jedoch gekennzeichnet durch hohe Armutsquoten. Im zentraleuropäischen – deutschen oder französischen – Typus strebt man demgegenüber an, die Ungleichheit zu begrenzen und (jedenfalls bis vor kurzer Zeit) Haushaltsdefizite zu vermeiden, doch diese Länder weisen im Gegenzug zugleich nur geringes Beschäftigungswachstum auf.

Aber wie weit reicht die „Pfadabhängigkeit“ wirklich? Existiert das „Trilemma der Dienstleistungsökonomie“ tatsächlich? Der Sozialstaatsforscher Anton Hemerijk und seine Kollegen haben überzeugend dargelegt, dass die empirischen Belege dafür „überraschend wackelig“ sind. Die jüngste Geschichte Skandinaviens deutet darauf hin, dass es tatsächlich möglich ist, gesunde öffentliche Finanzen, geringe Ungleichheit und hohe Erwerbsquoten zugleich zu verwirklichen. Umgekehrt scheint es ebenso gut möglich, nur eines dieser Ziele zu erreichen. Deutschland zum Beispiel weist heute sowohl eine hohe Erwerbslosenquote als auch schnell wachsende öffentliche Schulden auf.

Zudem sind die einzelnen „Typen“ nicht sehr klar konturiert. Die nordischen Staaten unterscheiden sich untereinander beträchtlich. Es liegt auch nicht ohne weiteres auf der Hand, dass Deutschland und Frankreich einem gemeinsamen Typus zuzuordnen sind. Von Großbritannien wird gesagt, hier bestehe nur ein „residualer“ Sozialstaat, aber die Nettosteuerraten sind hier inzwischen ebenso hoch wie in Deutschland. In Form des National Health Service besitzt Großbritannien darüber hinaus das am meisten „sozialisierte“ Gesundheitssystem in Europa überhaupt (Barysch 2005). Anton Hemerijck hat aus all dem den Schluss gezogen, dass diejenigen Staaten, die am besten mit den sich verändernden Bedingungen zurechtgekommen sind, „Hybridmodelle“ geschaffen haben, bei denen sie partiell erfolgreiche Lösungen anderer Länder übernehmen. Mir scheint dieses Argument überzeugend. Deshalb meine ich, dass umfassendes gemeinsames Lernen in Europa möglich ist.

Lissabon und danach

Anders als andere wichtige Errungenschaften der Europäischen Union wie der Gemeinsame Markt, die Gemeinsame Währung und die Osterweiterung wurde das Europäische Sozialmodell nur in geringem Maße von der Europäischen Union selbst geprägt. Den Sozialstaat haben einzelne Nationen je für sich geschaffen, er ist nicht durch internationale Kooperation zustande gekommen. Einige der Mitgliedstaaten mit den am tiefsten verankerten sozialstaatlichen Institutionen sind erst relativ spät der Europäischen Union beigetreten. Angesichts des großen Einflusses der Mitgliedstaaten auf ihre jeweilige eigene Sozialpolitik werden die meisten echten Veränderungen von den einzelnen Nationen selbst ausgehen müssen.

Es herrscht kein Mangel an Berichten und Analysen darüber, auf welche Weise schlecht funktionierende Teile Europas wieder auf die Füße kommen können und, allgemeiner gesprochen, wie die Staaten der Europäischen Union an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen würden. Diese Berichte und Analysen gab es schon lange vor der Verkündung der Agenda von Lissabon im Jahr 2000. Hinsicht-

lich der Maßnahmen, die ergriffen werden sollten, herrscht weitgehende Einigkeit. André Sapirs sechs Forderungen würden viele unterschreiben. Sie umfassen erstens die Dynamisierung des gemeinsamen Marktes, zweitens verstärkte Investitionen in Wissen, drittens eine verbesserte makroökonomische Politik der Union, viertens die Reform der Konvergenz- und Restrukturierungspolitiken, fünftens effizientere Regulierung und sechstens die Reform des europäischen Haushalts mit geringeren Ausgaben für Landwirtschaft und höheren Zukunftsinvestitionen (Sapir 2003).

Zweifellos hat Europa vom Gemeinsamen Markt profitiert. Man schätzt beispielsweise, dass das Bruttosozialprodukt in der Europäischen Union im Jahr 2002 um 1,8 Prozent höher lag, als es ohne den erreichten Fortschritt ausgefallen wäre. Die Lissabon-Agenda hat sich jedoch als weit schwieriger zu verwirklichen erwiesen. Vom ursprünglichen Anspruch, Europa bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten auf Wissen gegründeten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, ist längst keine Rede mehr. Die Staaten der Europäischen Union sollten bis zu diesem Zeitpunkt ein durchschnittliches Beschäftigungsniveau von 70 Prozent erreichen, aber dieses Ziel zu erreichen erscheint mittlerweile völlig ausgeschlossen. In einigen Staaten liegt das Beschäftigungsniveau noch immer unterhalb von 60 Prozent der potentiellen Erwerbsbevölkerung; hierzu zählen Belgien, Griechenland, Italien, Ungarn und Polen.

Zwischen dem Gemeinsamen Markt und dem Europäischen Sozialmodell bestehen, wie viele Beobachter festgestellt haben, beträchtliche Spannungen. In jüngerer Zeit haben sich diese Spannungen vor allem auf die Dienstleistungsrichtlinie bezogen, die auf dem Gebiet der Dienstleistungen Deregulierung und verstärkten Wettbewerb innerhalb Europas ermöglichen soll. Wie Fritz W. Scharpf hervorgehoben hat, könnte die Richtlinie ganz direkt sogar auf Skandinavien als europäische „Best-Practice-Region“ durchschlagen. Dort gründet sich die Unterstützung der Wähler für den nordischen Wohlfahrtsstaat sehr grundsätzlich darauf, dass dieser Wohlfahrtsstaat universell verfügbare öffentliche Dienstleistungen von hoher Qualität bereitstellt. Was aber, wenn das europäische Wettbewerbsrecht „geöffnet“ wird, um diese „Märkte“ zu liberalisieren? Manche Dienstleistungen könnten dann – zum Beispiel – von Lettland aus angeboten werden und nur noch den dortigen Kriterien von Kosten und Nutzen entsprechen. Eintreten könnte auf diese Weise ein Trend zu einem System nach amerikanischem Muster, in dem unterschiedliche Dienstleistungen zu unterschiedlichen Preisen angeboten werden – zum Vorteil derer, die sie sich in der besten Qualität leisten können (Scharpf 2002).

Die Dienstleistungsrichtlinie ist der Gegenstand einiger der bittersten Auseinandersetzungen über die zukünftige Ausrichtung Europas. Für ihre Befürworter ist sie ein absolut essentieller Bestandteil der Bemühungen, mit den europäischen Problemen der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung fertig zu werden. Es wird geschätzt, dass die Richtlinie allein in den EU-15 netto 600.000 neue Jobs schaffen wird; die tatsächlichen Zahlen könnten sogar noch weit darüber liegen. Üblicherweise wird angenommen, dass nur ein kleiner Anteil von Dienstleistungen aus der Ferne erbracht werden kann. Doch wie die Entwicklung des Outsourcing in Asien zeigt, führt der Einfluss neuer Technologien dazu, dass diese Einschätzung heute weniger zutrifft als früher. Ähnliche Prozesse des Outsourcing könnten sich zwischen Ländern der Europäischen Union vollziehen – voraussichtlich mit insgesamt positiven Auswirkungen im Hinblick auf den Wettbewerb und die Entstehung neuer Arbeitsplätze.

Die Gegner der Dienstleistungsrichtlinie hingegen halten überwiegend schädliche Auswirkungen für wahrscheinlich. Die Europäische Kommission betont, dass öffentliche Dienstleistungen im Kern geschützt bleiben sollen, doch den Kritikern genügen die dafür angebotenen Garantien nicht aus. Für diese Kritiker signalisiert die Dienstleistungsrichtlinie im Übrigen den Triumph eines marktzentrier-

ten Europas über das soziale Europa – schließlich gehe es in ihr ausschließlich um Deregulierung und Wettbewerb. Wo, so wird gefragt, sind die großen europäischen Werte der Gerechtigkeit und der Solidarität geblieben? Wird nicht die neue Richtlinie ganz einfach nur größere Ungleichheit und mehr wirtschaftliche Unsicherheit schaffen?

Die Debatten um das Europäische Sozialmodell sind in diesem Kontext besonders wichtig. Zwar sprechen sowohl die Lissabon-Agenda wie auch der Sapir-Report, der Kok-Report und weitere ähnliche Beiträge allesamt vom Europäischen Sozialmodell, von sozialer Exklusion und dergleichen. Aber in Wirklichkeit sagen sie über diese Kategorien kaum Konkretes aus. Was allen diesen Berichten fehlt, ist die systematische Diskussion der Frage, wie die in ihnen vorgeschlagenen Innovationen mit den Anforderungen der sozialen Gerechtigkeit in Einklang gebracht werden können. Man könnte sogar sagen, dass das Fehlen dieser Dimension – wenigstens teilweise – der Grund dafür ist, dass die Empfehlungen dieser Berichte bislang so schwierig zu verwirklichen gewesen sind.[3]

Welche Lektionen gelernt werden müssen

Vor dem Hintergrund dieser Schwierigkeiten lässt sich benennen, welche konkreten Erfahrungen in den vergangenen Jahren in Europa mit der Verbindung von Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit gemacht worden sind. Gewiss, wir sollten die Erfolgsgeschichten der Gegenwart mit Vorsicht betrachten – sie könnten sich als die Misserfolge der Zukunft erweisen. Aber sie sind die besten Orientierungsmarken, die wir besitzen. In der hier genannten Form sind die folgenden Punkte schematisch – selbstverständlich ließe sich jeder einzelne von ihnen weit gründlicher ausarbeiten. Und der Teufel steckt wie immer im Detail.

1. Es ist richtig, Arbeitsplätzen und Wachstum die höchste Bedeutung beizumessen. Ein hohes Beschäftigungsniveau oberhalb eines anständigen Mindestlohns ist aus mehr als einem Grund wünschenswert. Je größer der Anteil von berufstätigen Menschen, desto mehr Geld steht für soziale Investitionen und sozialen Schutz zur Verfügung. Einen Arbeitsplatz zu besitzen ist außerdem der beste Weg aus der Armut. Das Ziel von Lissabon, eine Erwerbsquote von 70 Prozent der potentiell Erwerbsfähigen zu erreichen, ist nicht prinzipiell un-realistisch. Aber alles hängt vom Willen zu Reformen in denjenigen Ländern ab, in denen die Beschäftigungsquote heute noch deutlich unterhalb dieser Marke liegt.

Ob es tatsächlich zu mehr Jobs kommt, hängt dabei natürlich von vielen Faktoren ab. Es kann aber kein Zufall sein, dass sämtliche europäischen Länder mit Erwerbsquoten oberhalb von 70 Prozent aktive Arbeitsmarktpolitiken verfolgen. Solche Strategien umfassen die gezielte Weiterbildung von Arbeitslosen sowie von Arbeitnehmern, die durch Arbeitslosigkeit bedroht sind. Und in allen diesen Ländern versucht man aktiv, Arbeitslose und freie Stellen zusammenzubringen. Die effektivsten Sozialstaaten Europa verbinden das Prinzip der Sozialpartnerschaft mit dem allgemeinen Zugang zu Sozialleistungen, die Umschulungen, Weiterbildung und Hilfen zum Neuanfang an anderen Orten gewährleisten. Genau dies ist die „Flexicurity“ genannte Verbindung aus Flexibilität und Sicherheit.

3 Die Lissabon-Agenda ist unlängst ergänzt worden durch eine neue auf fünf Jahre ausgerichtete Sozialagenda. Vgl. Europäische Kommission, Communication on the Social Agenda, Brüssel, 9. Februar 2005.

Überall wird derzeit auf das dänische Beispiel verwiesen, wobei allerdings manche Beobachter fragen, in welchem Umfang es anderswo nachgeahmt werden kann. [4]Dennoch steigt in vielen Gesellschaften mit hoher Arbeitslosigkeit und bei nicht wenigen Spitzenpolitikern das Interesse an solchen politischen Vorbildern. Die „Agenda 2010" in Deutschland ist dafür das beste Beispiel, obgleich sich gezeigt hat, wie ungeheuer schwierig es ist, eine solche Erneuerungspolitik durchzusetzen. Bestimmte Reformen sind auch in Frankreich implementiert worden, und es heißt sogar, dass das „dänische Modell" dort „in Mode gekommen" sei (Barbier 2005:1).

2. Die Vertreter der rechten Seite des politischen Spektrums behaupten, in einer Welt immer intensiveren Wettbewerbs könnten nur Niedriglohnökonomien erfolgreich sein. Doch die empirische Beweislast zugunsten des genauen Gegenteils ist eindeutig. Es gibt keine direkte Beziehung zwischen der Steuerhöhe (als Anteil am Bruttosozialprodukt) auf der einen und dem Wirtschaftswachstum sowie neuen Arbeitsplätzen auf der anderen Seite. Zwar besteht vermutlich eine Obergrenze; das zeigt sich am Beispiel Schwedens, das eine Zeit lang die höchsten Steuersätze aller Industrieländer aufwies und dabei zugleich hinsichtlich des Pro-Kopf-Einkommens seiner Einwohner relativ zurückfiel. Doch wichtiger als die Reichweite des Staates ist die Frage, wie effektiv die staatlichen Institutionen funktionieren und welche Art von Wirtschafts- und Sozialpolitik sie betreiben.

3. Flexible Arbeitsmärkte sind ein grundlegender Bestandteil des politischen Grundmusters in den erfolgreichen Staaten. Das bedeutet kein „Hire and Fire" nach amerikanischem Muster. Im Zeitalter eines sich beschleunigenden technischen Wandels wird die „Beschäftigungsfähigkeit" (employability) der Menschen jedoch zu einem Erfordernis ersten Ranges. Angesichts der Bedeutung des technologischen Wandels sind kontinuierliche Neuorientierung und Weiterbildung selbst dort notwendig, wo Arbeitnehmer denselben Arbeitsplatz behalten wie zuvor. Schätzungen besagen, dass vier Fünftel der technologischen Ausstattung, die in der Zeit von 1995 bis 2005 in den Volkswirtschaften der EU-15 benutzt wurde, weniger als zehn Jahre alt war. Umgekehrt liegt die Ausbildung von vier Fünfteln der Erwerbstätigen bereits mehr als zehn Jahre zurück.

Flexibilität hat keinen guten Namen, besonders bei bestimmten Vertretern der politischen Linken. Für sie bedeutet „Flexibilität", dass die Anliegen der Arbeitnehmer zugunsten der Anforderungen des kapitalistischen Wettbewerbs geopfert werden. Aber die Art und Weise der Arbeitsmarktregulierung ist mindestens so wichtig wie ihr Ausmaß. Viele Arbeitnehmerrechte können und sollten bestehen bleiben. Dazu gehören Konsultations- und Mitbestimmungsrechte, die Regulierung von Arbeitsbedingungen, Gesetze gegen Diskriminierung und so weiter. Irland erlebte seine Periode phänomenalen Wachstums genau in dem Zeitraum, in dem dort sämtliche europäischen Regelungen dieser Art implementiert wurden (Wickham 2004).

---

4 Dänemark hat seine Sozialpolitik in den neunziger Jahren radikal umstrukturiert. Mittlerweile können dort Arbeitnehmer sehr kurzfristig entlassen werden. Die Abfindungszahlungen in solchen Fällen sind niedrig. Demgegenüber ist das Arbeitslosengeld hoch und wird vier Jahre lang gezahlt. Arbeitslose mit zuvor niedrigen Gehältern erhalten bis zu 90 Prozent ihrer bisherigen Bezüge. Nach einer gewissen Zeit der Erwerbslosigkeit sind Weiterbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen vorgeschrieben. Sie werden auf hochgradig dezentralisierte Weise bereitgestellt, wobei die Gewerkschaften sowie bürgergesellschaftliche Organisationen umfassend eingebunden sind. Die Arbeitslosen sind verpflichtet, die Arbeitsangebote oder Weiterbildungsmaßnahmen ihrer örtlichen Arbeitsagenturen in Anspruch zu nehmen.

Viele Arbeitnehmer wünschen sich tatsächlich flexible Arbeitszeiten oder die Möglichkeit der Teilzeitarbeit, um Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Auch auf anderen Gebieten des alltäglichen Lebens moderner Gesellschaften spielt Flexibilität eine zunehmende Rolle. Die meisten Bürgerinnen und Bürger haben sich daran gewöhnt, auf dem Gebiet der Lebensstile viel mehr Auswahl treffen zu können als frühere Generationen – einschließlich der Entscheidung darüber, welche Arbeit sie wo und wann tun wollen.

4. Die viel zitierte Wissensökonomie ist mehr als ein Schlagwort ohne Inhalt, nicht bloß eine Erfindung aus der Lissabon-Agenda, die ihre Bedeutung verlor, als die Dotcom-Blase platzte. Allerdings sollte anstelle von Wissensökonomie eher von Wissens- und Dienstleistungsökonomie die Rede sein. Im Durchschnitt der 15 „alten" Staaten der Europäischen Union arbeiten nur noch 17 Prozent der Erwerbstätigen in der industriellen Fertigung – und dieser Anteil sinkt weiter. Oder umgekehrt formuliert: Mehr als 80 Prozent aller Menschen in Europa beziehen ihr Einkommen inzwischen aus wissensbasierter Arbeit oder aus der Tätigkeit in Dienstleistungsberufen.

   Vollbeschäftigung in der Wissensökonomie ist möglich – in einigen der besser funktionierenden europäischen Volkswirtschaften hat man diesen Zustand erreicht. [5]Aber diese Entwicklung hat ihren Preis. Mehr als zwei Drittel der Arbeitsplätze, die in der Wissensökonomie geschaffen werden, erfordern gute Fachkenntnisse. Das sind die so genannten lovely jobs deren Zahl weiter zunimmt. In der Zeit zwischen 1995 und 2004 nahm der Anteil der Arbeitsplätze in den Ländern der EU-15, für die fortgeschrittene Qualifikationen erforderlich sind, von 20 auf 24 Prozent zu.

   Arbeitsplätze für Menschen mit geringen Qualifikationen – die so genannten lousy jobs nahmen dagegen von 34 auf 25 Prozent ab. Zugleich aber müssen viele Arbeitnehmer noch immer genau solche Tätigkeiten ausüben – in Läden oder Supermärkten, in Tankstellen oder Schnellrestaurants. Der Mindestlohn darf nicht so hoch angesetzt werden, dass diese lausigen Jobs unmöglich werden, weil wir sonst zugleich die guten Jobs einbüßen würden, die mit ihnen einhergehen. Wir müssen also zum einen versuchen, die Höhe des Mindestlohns so festzulegen, dass niemand trotz Erwerbsarbeit in Armut lebt (working poor). Und wir müssen zum anderen dafür sorgen, dass Menschen nicht für alle Zeit in diesen Tätigkeiten hängen bleiben.

5. Investitionen in Bildung, der Ausbau von Universitäten sowie die Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologie sind unabdingbare Bestandteile der Modernisierung des Europäischen Sozialmodells. Finnland ist das aufschlussreiche Beispiel einer Gesellschaft, die auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie an der Spitze des Fortschritts steht und gleichzeitig einen starken Wohlfahrtsstaat besitzt. Wie Manuel Castells und Pekka Himanen betont haben, widerlegt der Fall Finnland die These, dass eine Hightech-Wirtschaft notwendigerweise dem deregulierten Silicon-Valley-Modell zu folgen habe (Castells/Himanen 2002). Finnland weist eine höhere Durchdringung mit Informationstechnologie auf als die Vereinigten Staaten. Die Wachstumsrate des Landes betrug zwischen 1996 und 2001 durchschnittlich 5,1 Prozent pro Jahr. Finnland gehört zur Spitzengruppe aller Industriestaaten im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit, und das finnische Steueraufkommen ist hoch. Castells und Himanen ziehen aus alldem den Schluss, der Fall Finnland könne für andere Länder beispielhaft

5 Probleme existieren jedoch hinsichtlich der steigenden Anzahl von Menschen, die Leistungen aufgrund von Erwerbsunfähigkeit oder Krankheit beziehen. In Schweden zum Beispiel waren 2004 volle 6 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter krank oder arbeitsunfähig gemeldet.

sein. Denn noch vor drei Generationen war Finnland eine sehr arme, landwirtschaftlich geprägte Gesellschaft.

6. Oft wird erklärt, „unsere Gesellschaften werden immer ungleicher“, doch in vieler Hinsicht stimmt diese Behauptung nicht. Die Stellung von Frauen, Homosexuellen oder Behinderten zum Beispiel hat sich im Verlauf der vergangenen drei Jahrzehnte nahezu überall verbessert. Wahr ist, dass in vielen Industriegesellschaften die Ungleichheit der Einkommen zugenommen hat, aber es gibt Anzeichen dafür, dass dieser Prozess inzwischen im Abklingen begriffen ist. Einigen Staaten ist es gelungen, bemerkenswerte gesellschaftliche Gleichheit zu bewahren – wobei wieder einmal die nordischen Länder an der Spitze liegen.

   Wir können und wir müssen die Werte der Gleichheit und der gesellschaftlichen Inklusion aufrechterhalten. Um dies zu tun, müssen wir nicht allesamt Skandinavier werden – zumindest nicht, insofern dies die Inkaufnahme dramatisch erhöhter Steuern bedeuten würde. Die Überlegenheit der skandinavischen Länder in Hinblick auf ihre niedrigen Ungleichheitsraten ist nicht in erster Linie eine Folge von Umverteilung durch Steuern und Sozialtransfers (Sapir 2005). Die wichtigste Erklärung ist das überlegene Investieren der Skandinavier in das Humanvermögen ihrer Gesellschaften. Die Verteilung des Armutsrisikos in Europa korreliert direkt mit dem Bildungsniveau in den vier Typen europäischer Sozialstaaten. Die nordischen und kontinentalen Länder besitzen in der Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen den höchsten Anteil von Menschen, die mindestens eine Sekundarbildung besitzen (75 bzw. 67 Prozent). In den angelsächsischen und mediterranen Staaten ist der Anteil dieser Menschen am niedrigsten (60 bzw. 39 Prozent).

   Wir müssen daher drastisch höher in die frühkindliche Bildung und Betreuung investieren, weil über so viele Fähigkeiten bereits in diesem Lebensabschnitt entschieden wird. Die Investition in frühkindliche Bildung und Erziehung ist ein Schlüsselelement zur Verminderung von Armut während des gesamten Lebensverlaufs.

7. Ökologische Fragen müssen weit deutlicher als in der Vergangenheit in den Vordergrund treten. Dies gelingt dann am besten, wenn das Thema unter dem Leitmotiv der ökologischen Modernisierung behandelt wird, wie es zuerst die Grünen in Deutschland entwickelt haben. Die Idee entstand in bewusstem Widerspruch zur These von den „Grenzen des Wachstums“, die von einer früheren Generation ökologischen Denkens vorgebracht wurde. Ökologische Modernisierung bedeutet, wo immer möglich ökologische Innovationen zu finden, die mit wirtschaftlichem Wachstum vereinbar sind. Dazu können grüne Technologien gehören, ebenso der Griff zu marktbasierten und steuerlichen Anreizen für Konsumenten, Unternehmen und andere Institutionen, in ihrem Handeln umweltfreundlicher zu werden.

Jedoch reicht es nicht, wenn Umweltpolitik ausschließlich technologisch oder ökonomisch ist – sie muss auch im engeren Sinne politisch sein. Wie andere Reformen beeinträchtigen auch Maßnahmen der ökologischen Modernisierung die Interessen vieler verschiedener Gruppen und sogar ganzer Nationen. Die Schwierigkeiten, die bei dem Versuch entstanden sind, einen internationalen Konsens über das Protokoll von Kyoto herzustellen, sind dafür ein offensichtliches Beispiel.

8. Das Thema Einwanderung und Integration ist überall in Europa zu einer der heißesten Fragen überhaupt geworden. Der Gegenstand ist viel zu komplex, als dass er hier ausführlich diskutiert werden könnte. Die zentralen Fragen lauten: Verlieren Gesellschaften, in dem Maße, wie sie multikulturell werden, unweigerlich ihr Grundgefühl der Gemeinsamkeit, ihren Sinn für soziale Solidarität? Werden Mehrheiten bereit sein, eine Politik zugunsten derjenigen zu unterstützen,

die neu hinzugekommen sind oder sich kulturell vom Mainstream unterscheiden? Vergleichende Studien lassen die Vermutung zu, dass die Antwort darauf ein vorsichtiges „Ja“ ist, solange bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind (Rossi 2003). Zu diesen Voraussetzungen gehört erstens, dass die Einwanderer aus allen Bildungsgruppen stammen müssen – dass sie also nicht überwiegend ohne Qualifikationen sind; zweitens, dass nicht von Anfang an ein Anspruch auf den vollen Zugang zu sämtlichen Sozialleistungen besteht; und drittens, dass konkrete Schritte unternommen werden, damit die Einwanderer die grundlegenden kulturellen Normen der Gesellschaften akzeptieren, in denen sie neu angekommen sind.

Der Begriff „Einwanderer“ überdeckt natürlich eine Vielzahl von Unterschieden. In Großbritannien beispielsweise leben heute Einwanderer aus 150 verschiedenen Ländern. Auch unter Einwanderern aus ein und demselben Land bestehen große Unterschiede, die von ihrem soziokulturellen Hintergrund, ihrer ethnischen und kulturellen Herkunft und anderen Faktoren abhängen. Manche Einwanderer oder ethnischen Minderheiten kommen weit besser zurecht als andere. In Großbritannien etwa verdienen Einwanderer der ersten und zweiten Generation aus Pakistan oder Bangladesch im Durchschnitt weit weniger als Angehörige der ethnisch einheimischen Bevölkerung. Inder hingegen verdienen durchschnittlich mehr als eingeborene weiße Briten.

9. Das Altern der Gesellschaft sollte als Möglichkeit begriffen werden und nicht bloß als ein weiteres „Problem“. Wir wissen, was geschehen muss. Die Lösung der Schwierigkeiten in den meisten Ländern hängt davon ab, ob der politische Wille aufgebracht wird, die nötigen Veränderungen tatsächlich herbeizuführen. Wir müssen jüngere Menschen davon überzeugen, dass sie mehr Geld zurückzulegen haben. Die Hauptursache für das Altern der Gesellschaft ist nicht, dass die Menschen immer länger leben. Das tun sie zwar, doch entscheidend ist die niedrige Geburtenrate. Der Staat muss den Menschen Anreize geben, mehr Kinder zu bekommen, und er muss dafür sorgen, dass zeitgemäße Formen von Sozialstaatlichkeit verwirklicht werden.

Ganz egal, welche Maßnahmen ergriffen werden, um Menschen beim Sparen zu helfen oder sie sogar dazu zu zwingen: Es gibt nur eine einzige Möglichkeit, das Problem unfinanzierbarer Rentenverpflichtungen zu lösen. Wir müssen ältere Menschen davon überzeugen und dazu motivieren, länger zu arbeiten. Solch ein Ziel ist mitnichten nur negativ. Wir müssen sowohl in der Arbeitswelt wie auch sonst gegen die Diskriminierung Älterer kämpfen. Für Menschen über 55 oder sogar über 65 besitzt „Alter“ heute nicht mehr dieselbe be- und verhindernde Wirkung wie einst.

10. Die fortgesetzte Erneuerung des Staates und seiner öffentlichen Dienstleistungen ist für die Zukunft des Europäischen Sozialmodells genauso wichtig wie die bereits genannten Punkte. Wo immer es nützlich ist, heißen die Leitlinien dabei Dezentralisierung und Diversifizierung. Es liegt auf der Hand, dass eine Balance zwischen diesen Zielen und weiterer Integration bestehen muss. Die Beziehungen der Staaten der Europäischen Union, die zugleich die Verschiebung von Macht nach oben wie nach unten erleben, sind ein herausragendes Beispiel (aber dennoch nur ein Beispiel) dafür, wie unausweichlich das Regieren und Verwalten auf mehreren Ebenen zugleich bereits heute ist. Natürlich ist die Frage, ob öffentliche Dienste privatisiert oder in die Hände gemeinnütziger Organisationen gelegt werden sollten, weiterhin Gegenstand heftiger Debatten. Auf jeden Fall sollten öffentliche Dienstleistungen genauso sehr wie kommerzielle Organisationen an den Bedürfnissen derer ausgerichtet werden, für die sie da sind – und in mancher Hinsicht sogar noch mehr.

Manche Politiker haben keynesianische Lösungen sowohl hinsichtlich der Reform des Europäischen Sozialmodells als auch hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa vorgeschlagen. So hat etwa der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Frankreichs, François Hollande, für eine Stärkung der europäischen Wirtschaftspolitik plädiert. Hierzu gehöre, die Europäische Zentralbank dazu zu bringen, ihr Ziel der Preisstabilität um das Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze zu ergänzen. Hollande zufolge sollten die Unternehmenssteuern in Europa standardisiert und große kreditfinanzierte Infrastrukturprogramme auf den Gebieten des Verkehrs, der Kommunikation und der Energie auf gesamteuropäischer Ebene in Gang gesetzt werden.

Warum aber sollte ein Ansatz, der auf nationaler Ebene überall fehlgeschlagen ist, plötzlich auf transnationaler Ebene funktionieren? Zwar erscheinen manche Infrastrukturprojekte für Europa durchaus bedenkenswert, besonders auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie. Aber deren Zweck darf sicherlich nicht ausschließlich oder hauptsächlich darin bestehen, auf direktem Weg neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Zwar vertreten manche eine andere Auffassung, doch in Wirklichkeit hängt die Zukunft des Europäischen Sozialmodells nicht davon ab, dass wir uns zwischen einem „keynesianischen Europa“ und einem „deregulierten angelsächsischen Europa“ entscheiden. Einige haben behauptet, dass für den Fall der Ablehnung der Europäischen Verfassung längst ein „Plan B“ vorbereitet worden sei, nämlich der angeblich von Tony Blair vorangetriebene „britische Plan der Deregulierung und Liberalisierung“. Aber diese Verdächtigung, wie sie zum Beispiel der französische Sozialist und Europaabgeordnete Pierre Moscovici vorgebracht hat, ergibt weder in politischer noch in analytischer Hinsicht einen Sinn. Blair hat den Verfassungsvertrag genauso wie alle anderen europäischen Regierungschefs unterschrieben.

Viel wichtiger ist, dass die Zukunft des Europäischen Sozialmodells tatsächlich nicht darin liegt, „angelsächsischer zu werden“ – ganz sicher dann nicht, wenn damit gemeint sein sollte, Großbritannien zu irgendeiner Art von Modell für den Rest Europas zu machen. Gewiss, andere Länder können von den Dingen lernen, die die Briten erreicht haben: Großbritannien weist heute eine hohe Erwerbsquote auf; es ist das einzige Land unter den EU-15, das in den vergangenen Jahren seine Investitionen in öffentliche Dienstleistungen erheblich gesteigert hat; und auch im Kampf gegen die Armut hat Großbritannien Fortschritte gemacht. Dennoch hinkt das Niveau der öffentlichen Dienste in Großbritannien noch immer deutlich hinter den besten auf dem europäischen Festland erreichten Standards her, und trotz aller Fortschritte bleibt die britische Gesellschaft geprägt von hohen Werten wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ungleichheit.

Die Prinzipien der gemeinsamen Erneuerung

In den vergangenen Jahren stand das Nachdenken über die soziale Zukunft Europas allzu sehr im Zeichen der These von den drei (bzw. vier) Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Unterschiede bestehen zwar tatsächlich, doch gerade deshalb sollten die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet ebenso wie auf anderen größere Konvergenz anstreben. Die meisten Probleme, vor denen das Europäische Sozialmodell heute steht, betreffen nicht spezifisch einzelne Länder, sondern sie sind strukturell bedingt. In der Ära der Globalisierung lässt sich oft – oder sogar normalerweise – verallgemeinern, um welche Lösungen es gehen muss.

Ein zukünftiges Europäisches Sozialmodell wäre, um dies zu wiederholen, nicht das britische Modell. Es wäre nicht das französische Modell und auch nicht das schwedische oder das dänische. Was ich im Folgenden skizziere ist eine Art Idealtyp – eine Liste von Merkmalen, die auf je eigene Weise von Ländern im Prozess der Erneuerung realisiert werden könnten. Ein Muster für ein Erneuertes Europäisches Sozialmodell könnte durch die folgenden Grundeigenschaften gekennzeichnet sein:[6]

- Eine Verschiebung von negativer zu positiver Sozialstaatlichkeit. Als William Beveridge seinen Plan für den britischen Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit entwickelte, stellte er sich – wie fast alle anderen auch – den Sozialstaat als Einrichtung zur Korrektur von Missständen vor. Der Sinn seiner Neuerungen bestand darin, die „fünf Übel" der Unwissenheit, des Elends, der Verwahrlosung, der Untätigkeit und der Krankheit anzugreifen. Tatsächlich sollte uns keines dieser Übel aus dem Blick geraten, aber heute sollten wir viel stärker versuchen, sie ins Positive zu wenden. Mit anderen Worten: Wir sollten Bildung und Lernen fördern, Wohlstand, Wahlmöglichkeiten, aktive soziale und wirtschaftliche Partizipation sowie gesunde Lebensweisen.

- Solche Ziele setzen Anreize ebenso voraus wie Leistungen, Pflichten ebenso wie Rechte, weil es zu ihrer Erreichung auf die aktive Beteiligung der Bürger ankommt. Die Verbindung von Wohlfahrt und Bürgerschaft erfolgt eben nicht – wie klassisch von T.H. Marshall formuliert – durch die Ausweitung von Rechten, sondern durch die richtige Mischung von Rechten und Pflichten (Marshall 1950). Der passive Bezug von Arbeitslosengeld wurde in der Vergangenheit nahezu ausschließlich als Recht definiert – und hat sich vor allem aus genau diesem Grund als dysfunktional erwiesen. Mit der Einführung aktiver Arbeitsmarktpolitiken wird deutlich gemacht, dass die erwerbsfähigen Arbeitslosen die Pflicht haben, nach Arbeit zu suchen, wenn sie staatliche Hilfe in Anspruch nehmen wollen – und mit Hilfe von Sanktionen wird durchgesetzt, dass sie dieser Pflicht auch wirklich nachkommen.

- Der traditionelle Sozialstaat hat versucht, einen Risikotransfer vom Individuum auf den Staat oder die Gemeinschaft zu organisieren. Sicherheit wurde als Verringerung oder Abwesenheit von Risiken definiert. Tatsächlich jedoch wohnen dem Risiko auch viele positive Aspekte inne. Häufig müssen Menschen Risiken eingehen, um ihr Leben zu verbessern. Ohnehin ist es in einer sich schnell bewegenden Umgebung wichtig, ob Menschen in der Lage sind, sich auf Veränderungen einzustellen, ob sie den Wandel aktiv für ihre Zwecke zu nutzen verstehen. Diese Aussage trifft auf Arbeitnehmer genauso zu wie auf Unternehmer; sie trifft genauso zu für Menschen, die eine Scheidung oder andere soziale Übergänge erleben, wie für die Welt der Ökonomie. Der kreative Umgang mit Risiken bedeutet jedoch nicht die Abwesenheit von Sicherheit – ganz und gar nicht! Zu wissen, dass Hilfe zur Verfügung stehen wird, wenn die Dinge schief gehen sollten, kann oft die Bedingung dafür sein, dass Menschen überhaupt ein Risiko einzugehen bereit sind. Dies scheint mir ein Bestandteil der Logik des Prinzips der „Flexicurity" auf dem Gebiet der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu sein.

- Ein Erneuertes Europäisches Sozialmodell muss sich verstärkt auf Gebühren stützen. Öffentliche Dienstleistungen, die für ihre Nutzer kostenlos sind, mögen aus edlen Motiven heraus entworfen worden sein. Sie geraten jedoch leicht in ganz bestimmte Schwierigkeiten. Da sie wenige Mechanismen aufweisen, um die Nachfrage nach ihnen im Zaum zu halten, werden sie von allzu vielen Menschen und allzu oft in Anspruch genommen – und leiden dann an „Überfüllung". So entwi-

6 Eine andere Skizze liefert Karl Aiginger (2005). Ich habe von Aigingers klugen Analysen über die Zukunft des Sozialen in Europa viel gelernt.

ckeln sich Zweiklassensysteme: Wer genug Geld hat, entzieht sich. Selbst wo Gebühren vergleichsweise niedrig sind, können sie nicht nur in dieser Hinsicht helfen, sondern auch ein verantwortungsvolles Nutzerverhalten fördern. Das Gebührenprinzip – Gebühren entrichtet von unmittelbaren Nutzern – wird deshalb für die öffentlichen Dienstleistungen vermutlich eine zunehmende Rolle spielen, von den Renten über die Gesundheit bis hin zum Hochschulstudium.

- Das Erneuerte Europäische Sozialmodell muss entbürokratisiert werden. Der alte Sozialstaat beruhte fest überall darauf, die Bürger als passive Untertanen zu behandeln. Kollektivismus war früher in einem anderen Maße akzeptabel, als dies heute der Fall ist – und sein sollte. Entbürokratisierung heißt, sich den Interessen von Produzenten entgegenzustellen, für Dezentralisierung und lokale Entscheidungsspielräume einzutreten. Aufschlussreiche Beispiele dafür bieten die gesundheits- und bildungspolitischen Reformen, die Schweden und Dänemark in den frühen neunziger Jahren eingeführt haben. Diese Bemühungen sollten eindeutig vom Instrument der Privatisierung unterschieden werden, die eine andere Möglichkeit darstellt, solche Ziele zu verfolgen.

Auf der Ebene der konkreten politischen Maßnahmen möchte ich 13 Punkte vorschlagen, die ein Erneuertes Europäisches Sozialmodell kennzeichnen sollten:

1. Die progressive Einkommenssteuer bleibt als ein Mittel zur Verringerung von Ungleichheiten bestehen. Das Einkommen nach Steuern ist in allen Industriestaaten noch immer egalitärer als das Bruttoeinkommen. Jene Staaten, die bei der Einkommenssteuer mittlerweile auf einen einheitlichen Steuersatz setzen (falt tax), sollten zugleich sicherstellen, dass das Nettoergebnis dennoch progressiv ist (indem ärmere Bevölkerungsgruppen von der Zahlung befreit werden). Überall führt der Trend fort von Steuern auf Arbeit und hin zur Besteuerung des Konsums – wiederum so weit wie möglich mit progressiven Elementen.

2. Verantwortliche Haushaltspolitik ist ein Leitprinzip der Finanzierung des Sozialstaats – wenngleich in bestimmten Situationen Flexibilität angebracht ist. Dieses Prinzip gilt langfristig und betrifft beispielsweise die Fähigkeit, spätere Rentenverpflichtungen vorauszusehen. Im Erneuerten Europäischen Sozialmodell wird der Steueranteil im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt im internationalen Vergleich hoch sein, doch wichtig ist nicht so sehr das Steuerniveau, sondern das richtige Mischungsverhältnis der verschiedenen politischen Instrumente.

3. Es werden aktive Arbeitsmarktpolitiken angewandt, die auf ein angemessenes Gleichgewicht aus Anreizen und Verpflichtungen setzen. Diese Anreize und Verpflichtungen gelten für ältere Arbeitnehmer genauso wie für andere Altersgruppen. Flexibilität und staatliches Engagement im Hinblick auf Weiterbildung oder Umschulung gehören zusammen. Besondere Aufmerksamkeit wird dem Ziel gewidmet, als erwerbsunfähig registrierte Menschen in Beschäftigungsverhältnisse zurückzubringen.

4. Die Schaffung von Arbeitsplätzen spielt eine zentrale Rolle sowohl im Hinblick darauf, Wachstum zu ermöglichen wie hinsichtlich der Eindämmung von Armut – der beste Ausweg aus der Armut ist ein anständiger Arbeitsplatz mit einem Gehalt oberhalb des Mindestlohns.

5. Teilzeitarbeit wird aktiv gefördert. Sie ist Teil der aktiven Anpassung des Sozialstaates an Verhältnisse, in denen die Übergänge zwischen wechselnden Lebenslagen sowie die richtige Balance zwischen Erwerbs- und Privatleben an Bedeutung gewinnen. Teilzeitarbeit wird nicht stigmatisiert, sondern muss den betroffenen Arbeitnehmern anteilig genau dieselben sozialen Leistun-

gen verschaffen wie Vollzeitarbeit. Besonders wird darauf geachtet, die „Balkanisierung“ von Frauenerwerbsarbeit zu verhindern.

6. Die Betonung des Gleichheitsprinzips ist ein roter Faden, der alle Politiken miteinander verbindet: der fundamentale Sinn des Erneuerten Europäischen Sozialmodells besteht gerade darin, wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden. Aufwärtsmobilität ist viel wichtiger, als „den Reichen“ das Leben möglichst schwer zu machen, denn die „Reichen“ sind eine winzige Gruppe, die „Armen“ hingegen eine sehr große. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Kinderarmut. Gesellschaften mit geringer Kinderarmut sind typischerweise auch auf vielen anderen Gebieten egalitärer als andere Gesellschaften.

7. Es werden gezielte Strategien eingesetzt, um verfestigte und langfristige Formen von Armut und sozialem Ausschluss zu bekämpfen. Dazu können negative Einkommenssteuern oder Steuergutschriften gehören. Das französische „prime à l’emploi“ sowie die „Arbeitssteuergutschrift“ in den Niederlanden und in Belgien sind erst vor kurzem eingeführt worden. Alle drei Instrumente ähneln den früher schon in den Vereinigten Staaten und Großbritannien angewendeten Maßnahmen.

8. Besondere Aufmerksamkeit wird denjenigen Beschäftigten gewidmet, die in Dienstleistungsberufen mit niedrigem Qualifikations- und Lohnniveau arbeiten, um so weit wie irgend möglich zu gewährleisten, dass auch für diese Gruppen Aufstiegschancen bestehen. Das erfordert nicht nur die staatliche Gewährleistung von Weiterbildung, sondern auch die Zusammenarbeit mit Arbeitgebern, um Arbeitsplätze nach Möglichkeit aufzuwerten. Lebenslanges Lernen bleibt keine leere Phrase mehr, sondern wird gelebte Wirklichkeit. Dazu gehört die Möglichkeit der ordnungsgemäßen Dokumentation erworbener Zusatzqualifikationen.

9. Es werden gezielte Maßnahmen zur besseren Integration ethnischer Minderheiten und Einwanderer ergriffen. Dazu gehört, diese Gruppen mit einer geeigneten Mischung aus Rechten und Pflichten auszustatten. Zu den Pflichten zählen das Erlernen der Sprache sowie die Akzeptanz der grundsätzlichen Werte des Ankunftslandes.

10. Das Verhältnis von Sozialleistungen und Gebühren wird so organisiert, dass sich möglichst wenige wohlhabende Bürger für die Flucht aus den Sozialsystemen entscheiden können.

11. Der Staat wendet relativ weniger Mittel für die Älteren auf und mehr für die Jungen. Dabei wird der Kinderbetreuung, der frühkindlichen Bildung und der Ermutigung zur Familiengründung besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

12. Investitionen in Wissenschaft, in Technologie und Hochschulbildung sind die entscheidenden Einflussgrößen, sowohl auf dem Gebiet der Industriepolitik wie im Hinblick auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

13. Jegliche Politik wird unter dem Gesichtspunkt ihrer ökologischen Wirkung bewertet. Alle Staaten betrachten ihre Zusagen im Rahmen des Kyoto-Protokolls als verpflichtend. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bekennen sich aktiv zu den kurz- und längerfristigen öko-logischen Zielen der Europäischen Kommission. Ein Beispiel dafür sind Maßnahmen, die Chemieunternehmen darauf verpflichten sollen, die Ungiftigkeit ihrer Produkte zu belegen, bevor diese auf den Markt kommen können; ein weiteres Beispiel sind langfristig wirksame Pläne wie der eines vollständigen Übergangs zur Wasserstoffwirtschaft bis zum Jahr 2050.

Ein im Lichte dieser Prinzipien organisiertes Erneuertes Europäisches Sozialmodell würde sich vom „Amerikanischen Modell“ sehr radikal unterscheiden. Denn (vgl. auch Aiginger 2005: 114):

- Die Kosten des Sozialstaats würden zwar gesenkt und neue Beiträge für staatliche Leistungen eingeführt, aber das Wohlfahrtssystem bietet weiterhin auf breiter Front Schutz im Hinblick auf Risiken sozialer, wirtschaftlicher und gesundheitlicher Art. Das Niveau der Besteuerung ist im internationalen Vergleich hoch.
- Die Reichweite des aktiven Handelns von Regierung und Staat bleibt groß. Dieses Handeln zielt allerdings mehr auf Investitionen in menschliche Ressourcen als in der Vergangenheit. Das Erneuerte Sozialmodell kann zutreffend als „sozialer Investitionsstaat“ beschrieben werden.
- Die wohlfahrtsstaatliche Politik ist egalitärer ausgerichtet als in den Vereinigten Staaten.
- Die Solidarität innerhalb der Gesellschaft wird aktiv durch solche Maßnahmen gefördert, die den Sozialstaat auch für wohlhabende Gruppen attraktiv machen.
- Die „Sozialpartner“ spielen eine Schlüsselrolle dabei, Einkommenshöhen und andere Arbeitsbedingungen festzulegen.
- Umweltpolitische Ziele und Mittel sind zentrale Bestandteile der politischen Agenda.
- Ein Erneuertes Europäisches Sozialmodell entlang dieser Leitlinien weist für Europa – einschließlich der neuen EU-Mitgliedstaaten – einen wirklichen Weg nach vorne. Sicherlich sind die praktischen und politischen Barrieren, die solch einem Projekt entgegenstehen, in einigen Ländern beträchtlich. Selbst wo Lösungen verallgemeinerbar erscheinen, bleiben Fragen und Schwierigkeiten hinsichtlich der Verwirklichung von Methoden der best practice bestehen. Wie, beispielsweise, können Länder mit hohen Ungleichheitsraten und verbreiteter Kinderarmut (wie Griechenland, Irland, Portugal und Großbritannien) diesen Defiziten auf wirklich radikale Weise begegnen? Ferner könnten der Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen und die Ressentiments der Öffentlichkeit verhindern, dass es zu der Form von Einwanderung kommt, die Europa tatsächlich benötigt, um seine wirtschaftliche Leistungskraft zu verbessern. Selbst Länder wie Dänemark oder die Niederlande, die der Verkörperung des Erneuerten Europäischen Sozialmodells schon heute am nächsten kommen, sind bereits solchen populistischen Einflüssen zum Opfer gefallen. Hinzu kommt, dass sich die weltpolitische Szenerie aufgrund der steigenden Bedeutung von China und Indien sowie des wachsenden Gewichts anderer neuer Akteure auf den Weltmärkten rapide verändert.

Nicht zuletzt Ängste im Zusammenhang von Einwanderung und internationaler Konkurrenz waren es, die die Bürger in Frankreich und den Niederlanden mehrheitlich dazu veranlassten, den Europäischen Verfassungsvertrag in ihren nationalen Referenden abzulehnen – ein Gesichtspunkt, dem ich mich nun zuwenden werde.

Ängste der Bürger, fairer und unfairer Wettbewerb

Als Mittel zur Feststellung der öffentlichen Meinung sind Referenden notorisch unzuverlässig. Fast immer geht es bei solchen Abstimmungen aus Sicht der Befragten um weitaus mehr und um anderes als die Frage, die tatsächlich zur Entscheidung ansteht. Darüber hinaus waren die Europäischen Ver-

fassungsreferenden hochgradig ungewöhnliche Veranstaltungen. Es ist sehr unüblich, dass ein Referendum über ein so langes und komplexes Schriftstück wie einen Verfassungsvertrag abgehalten wird. Es konnte nicht überraschen, dass sich nach dem „Nein" der Franzosen und der Niederländer zahllose Interpreten zu Wort meldeten, die in die Ergebnisse hineinlasen, was immer ihre Vorurteile gerade hergaben.

Verlässlichere Grundlagen zur Beurteilung des Meinungsklimas bieten Umfragen. Wir wissen, dass die Themen, die die Wähler in Frankreich und den Niederlanden am meisten verunsicherten, nicht in erster Linie verfassungsrechtlicher Natur waren. Volle 75 Prozent aller französischen Wähler und sogar noch 66 Prozent unter denjenigen Wählern, die sich gegen den vorliegenden Verfassungsvertrag entschieden, gaben an, eine Europäische Verfassung für notwendig zu halten. Die wesentlichen Sorgen bezogen sich auf soziale und wirtschaftliche Fragen. Besonders in Frankreich waren Ängste im Hinblick auf die soziale Sicherheit und andere wohlfahrtsstaatliche Gesichtspunkte verbreitet, die das Europäische Sozialmodell ausmachen.

Der längst sprichwörtlich gewordene „polnische Klempner" spielte im Laufe der Referendumskampagnen eine tragende Rolle – selbstverständlich in seiner Abwesenheit. Sorgen über unfairen Steuerwettbewerb durch die neuen Mitgliedstaaten sowie über „Sozialdumping" kursieren aber nicht nur in der breiteren Öffentlichkeit, sondern auch in den politischen Führungsgruppen. Eben diese Befürchtungen liegen den Rufen nach einer Harmonisierung der Unternehmenssteuern wie auch den Ängsten vor der Dienstleistungsrichtlinie zugrunde.

Eine der entscheidenden Bruchlinien, die sich in Europa aufgetan haben, ist die zwischen zwei Gruppen von Menschen: Auf der einen Seite stehen jene, die die Möglichkeiten zu nutzen verstehen, die ihnen die Wissensgesellschaft und die mit dieser verbundene offene kosmopolitische Welt eröffnen. Auf der anderen Seite sind diejenigen, denen diese Möglichkeiten verschlossen bleiben und die mit solch einer Welt daher wenig anfangen können – oder ihr sogar offen feindselig gegenüberstehen. Gefühle dieser Art wiederum sind eng verbunden mit Ängsten vor Einwanderung und dem Verlust von nationaler Identität in einer globalisierten Welt. So ist zu erklären, dass die Niederlande – aufs Ganze gesehen in der jüngeren Zeit ein wirtschaftlich erfolgreiches Land – im Verfassungsreferendum mit „Nein" votierten.

Es kommt jedoch darauf an, begründete und unbegründete Befürchtungen auseinander zu halten. In welchem Maße ist der Lebensstandard in den reicheren Ländern der Europäischen Union tatsächlich durch ein „Sozialdumping" der ärmeren Staaten bedroht? Könnten wir dadurch wirklich innerhalb der Europäischen Union in eine Abwärtsspirale immer weiterer Verelendung geraten? Eine vergleichsweise neue, aber verwandte Frage drängt sich neuerdings in den Vordergrund, wenngleich sie in Europa noch nicht so viel Aufmerksamkeit erregt wie in Amerika: das Outsourcing von Dienstleistungstätigkeiten in ärmere Länder, wo Arbeitnehmern viel niedrigere Gehälter gezahlt werden als im Westen.

Die Befürchtung einer sozialen und wirtschaftlichen Abwärtsspirale als Folge der Erweiterung der Europäischen Union erscheint unbegründet. Dieselben Ängste hat es schon früher gegeben, in zwei verschiedenen Konstellationen. Eine davon bezog sich auf den intensiver werdenden globalen Wettbewerb im Allgemeinen, die andere Welle solcher Ängste erwuchs im Kontext der früheren europäischen Erweiterungsrunde, an deren Ende seinerzeit die Aufnahme der Mittelmeerländer in die Europäische Gemeinschaft stand. Die vielfach geäußerten Sorgen, wonach die Globalisierung der Wirtschaft das Zurückstutzen der europäischen Sozialstaaten erzwingen werde, haben sich als nahezu

vollständig gegenstandslos erwiesen. Die Steuereinnahmen sind proportional zum Bruttosozialprodukt in buchstäblich allen Industriestaaten stabil geblieben; allerdings steigen sie – mit ein paar Ausnahmen wie Großbritannien – auch nirgendwo mehr weiter an. Dies belegt erneut die oben bereits formulierte These, dass einige der wichtigsten Schwierigkeiten, mit denen das Europäische Sozialmodell heute fertig werden muss, nicht von außen eindringen, sondern aus den inneren Verhältnissen der europäischen Gesellschaften selbst erwachsen.

Studien über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Beitritts von Spanien, Portugal und Griechenland zur Europäischen Union zeigen, dass die reicheren Mitgliedsländer hiervon eher profitiert haben. In den drei Ländern selbst hat es keine Kürzungen sozialstaatlicher Programme gegeben. Ganz im Gegenteil: Die Sozialsysteme aller drei Staaten sind gekennzeichnet durch ihren starken Ausbau im Laufe der vergangenen zwei Jahrzehnte (Gullen/ Matsaganis 2000). Zum Zeitpunkt ihres Beitritts meinten viele Beobachter, dass die reichen Staaten nun noch reicher und die Neuankömmlinge demgegenüber relativ ärmer werden würden. Dieses Szenario hat sich als falsch erwiesen, wenngleich beträchtliche Wohlstandsunterschiede bis heute bestehen. Die Europäische Union hat als „Konvergenzmaschine“ gewirkt (Tsoukalis 2005:55).

Natürlich ließe sich argumentieren, die in der jüngsten Erweiterungsrunde hinzukommenden Staaten seien vergleichsweise ärmer und verfolgten eine aggressivere Steuerpolitik als die früheren Neumitglieder. Doch die Lücke ist bei weitem nicht so groß wie der Abstand zwischen den entwickelten und den armen Ländern im globalen Vergleich.

Einige Befürchtungen etwa hinsichtlich der Dienstleistungsrichtlinie sollten, wie bereits angedeutet, ernst genommen werden, da die Richtlinie die Integrität öffentlicher Dienstleistungen direkt bedrohen kann. Aber aufs Ganze gesehen dürften einfließende Kapitalinvestitionen der zügigen Entwicklung der neuen Mitgliedstaaten zugute kommen, was sich wiederum auf die wohlhabenden Staaten ebenfalls positiv auszuwirken verspricht.

Dass es zu einer Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung kommen wird, ist extrem unwahrscheinlich – selbst wenn dies wünschenswert wäre. Was spricht hingegen für die stärkere Harmonisierung von arbeitsrechtlichen Standards in Europa? Und wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, solch eine Harmonisierung durchzusetzen? Das maximal erreichbare Ziel ist vermutlich ein Bestand von Mindestvorschriften, die für alle Mitgliedstaaten akzeptabel wären. Der Dialog zwischen den Sozialpartnern auf der europäischen Ebene könnte einen gewissen Minimalkonsens hervorbringen. Dabei sollte jedoch beachtet werden, dass Gewerkschaften üblicherweise eher die Interessen von Arbeitnehmern als die Interessen von Arbeitslosen vertreten, während die Unternehmensverbände in der Regel für die größeren Unternehmen und nicht für kleine Unternehmen sprechen (Bean u. a. 1998).

Outsourcing

Wie steht es um die zunehmende Bedeutung der Industriestaaten durch das – scheinbar unaufhaltsam zunehmende – Phänomen des Outsourcing? Dass die verarbeitende Industrie in den Ländern der Europäischen Union im Verlauf der vergangenen drei Jahr-zehnte geschrumpft ist, liegt zum Teil sicherlich daran, dass Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagert haben. Zum größten Teil jedoch ist das schrumpfende Angebot an Arbeitsplätzen in der Industrie eine Folge des technologischen Wandels. Am meisten betroffen von diesem Prozess sind die weniger begünstigten Bevölke-

rungsgruppen – also Facharbeiter und in noch viel stärkerem Maße ungelernte Arbeiter (Bean u. a. 1998).

Die neuen Formen des Outsourcing funktionieren deutlich anders. Sie betreffen genau den Sektor der Wirtschaft, auf den die Industriegesellschaften heute vollständig angewiesen sind, wenn neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, nämlich den riesigen Bereich der Dienstleistungen. Hinzu kommt, dass das neue Outsourcing eher die Wohlhabenden betrifft als die Menschen am unteren Ende der sozioökonomischen Leiter. Fachleute wie beispielsweise Mediziner, Bilanzbuchhalter oder Journalisten mussten sich in der Vergangenheit keine Sorgen machen, dass ihre Arbeitsplätze ins Ausland abwandern könnten. Zugleich aber profitierten sie von den günstigeren Produkten, die der zunehmend offene Welthandel und verbesserte Herstellungsverfahren möglich machten (Amiti/ Wie 2005).

Umfragen zeigen, dass diese Gruppen in den Vereinigten Staaten starke Befürworter des Freihandelsprinzips waren. Mit dem Aufstieg des Outsourcing hat sich das jedoch geändert. Die Amerikaner mit Einkommen über 100.000 Dollar im Jahr befürworteten den Freihandel noch 1999 zu 57 Prozent. Bis 2004 war dieser Anteil auf gerade noch 28 Prozent gefallen. Was passiert also, wenn Unternehmen auf die wissensbasierten Fertigkeiten, die zu erwerben heute überall so dringend empfohlen wird, genauso gut irgendwo im Ausland zugreifen können?

Die Reaktionen auf die Zunahme des internationalen Outsourcing unterscheiden sich beträchtlich. Die Medien der Vereinigten Staaten sind voller beängstigender Berichte und Reportagen. Die Zeitschrift Fortune beispielsweise machte im August 2005 mit einer Titelgeschichte auf, deren Schlagzeile lautete: „‚Kann Amerika mithalten?' Die größte Angst der Nation" (Fortune 8.8.2005). Der Journalist Thomas Friedman von der New York Times hat die These aufgestellt, dass wir im Jahr 2000 in eine neue Ära eingetreten sind. Verantwortlich dafür sei nicht so sehr die Jahrtausendwende selbst, sondern die Tatsache, „dass die Welt flach geworden ist", nämlich „so flach wie der Bildschirm, auf dem ein Wirtschaftsführer ein Meeting mit seiner gesamten globalen Zulieferkette abhalten kann" (Friedman 2005:7). Was Friedman „Globalisierung 3.0" nennt, stärkt aufgrund der radikalen Verbilligung und Ausbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologie Gruppen und einzelne Menschen überall auf der Welt – und nicht mehr wie früher nur die großen Unternehmen.

Beobachter aus der Wissenschaft betrachten die Dinge üblicherweise nüchterner. Das tatsächliche Ausmaß des Outsourcing zu messen, ist schwierig – weder die Regierung der Vereinigten Staaten noch die irgendeines anderen wichtigen Landes betreibt verlässliche statistische Untersuchungen hierzu. Das Unternehmen Forrester Research schätzt, dass zwei Prozent der Arbeitsplätze in den Ländern der EU-15 innerhalb der nächsten anderthalb Jahrzehnte gefährdet sind (aufgrund des Sprachfaktors viele davon in Großbritannien; Kirkegaard 2005:6).

Outsourcing verbessert, bei globaler Betrachtung, eindeutig das wirtschaftliche Wohlergehen. Aber es kann, selbst wenn es zum Verlust bestimmter Jobs führt, sogar den fortgeschrittenen, reichen Volkswirtschaften nützlich sein. Denn Outsourcing steigert wirtschaftliche Effizienz. Eine Studie der Unternehmensberatung McKinsey schätzt, dass die amerikanische Wirtschaft pro Dollar nach Indien outgesourcter Dienstleistungsproduktion im Gegenzug 1,14 Dollar gewinnt. Dagegen verliert Deutschland 0,20 Euro pro Euro, der outgesourct wird. Der Unterschied bekräftigt einen bereits hervorgehobenen Punkt – er lässt sich nämlich fast vollständig anhand der verschiedenen Arbeitsmarktbedingungen erklären. Entlassene Arbeitnehmer können in den Vereinigten Staaten ganz einfach schneller und umfassender wieder eingestellt werden. Outsourcing bedeutet daher ein sehr wichtiges

zusätzliches Argument für Arbeitsmarktreformen in den Ländern der Europäischen Union (Kirkegaard 2005: 1).

Manche Europäer – vermutlich einschließlich vieler der „Nein"-Wähler – würden sich für ein schläfriges Europa entscheiden: abgeschottet von der Außenwelt und damit zufrieden, die Probleme der Welt anderen zu überlassen. Wir werden noch Rufe nach einer Rückkehr des Protektionismus erleben – und hören solche Rufe schon heute beispielsweise in den Vereinigten Staaten. Protektionismus und Populismus haben die Tendenz, gemeinsam aufzutreten. In Form seiner Gemeinsamen Agrarpolitik praktiziert die Europäische Union bereits heute einen Protektionismus, der den Bürgern Europas nicht nutzt und zugleich für ärmere Länder riesige Probleme schafft. Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union muss mittelfristig reformiert werden. Jedem Ruf nach anderen Arten von Protektionismus ist klar und deutlich entgegenzutreten und zu widerstehen – ganz gleich, was populistische Politiker dazu sagen.

Eine Rückkehr zum Protektionismus in zentralen Sektoren der Wirtschaft ist tatsächlich keine ernstzunehmende Option. Die Einführung dauerhafter neuer Einfuhrzölle hätte durch Verhandlungen in der Welthandelsorganisation WTO zu erfolgen. Europa müsste sich auf massive Strafzahlungen einstellen; Importe würden sich verteuern; Exporte in die von den europäischen Zöllen betroffenen Regionen würden schrumpfen. Ohnehin lässt sich der Export von Dienstleistungen nicht leicht blockieren. Die Europäische Union also hat tatsächlich keine andere Wahl als auf den globalen Märkten mitzuhalten. Alle zukünftigen Reformen des Europäischen Sozialmodells müssen diese Orientierung einerseits widerspiegeln und sie andererseits verstärken.

Immer wieder wird die Frage gestellt: Kann sich Europa sein Sozialmodell leisten? Aber vielleicht sollten wir genau umgekehrt fragen: Kann sich Europa leisten, auf sein Sozialmodell zu verzichten? Das Ausmaß der Ungleichheit, das in den Vereinigten Staaten herrscht, könnte Amerika in den kommenden Jahren noch dramatische Probleme verschaffen. Es mag ja beispielsweise sein, dass die USA die besten Universitäten der Welt besitzen, aber das Land besitzt auch den höchsten Anteil an Analphabeten aller industrialisierten Staaten. Den Ergebnissen der international vergleichenden PISA-Studie zur Lesekompetenz von 15-Jährigen zufolge belegen die Vereinigten Staaten unter 29 Ländern nur den 24. Rang; ebenfalls nur den 24. Platz erreichen die amerikanischen Jugendlichen hinsichtlich ihrer Fähigkeit, Probleme zu lösen. In einer Zeit, da die Wissensökonomie selbst globalisiert wird, könnte es sein, dass sich ein reformiertes Europäisches Sozialmodell dem amerikanischen Modell überlegen erweisen wird.

Theorie und Praxis

Nach Reformen für das Europäische Sozialmodell zu rufen, ist das eine. Diese Reformen zu verwirklichen ist etwas völlig anderes. Wie ich hoffe verdeutlicht zu haben, wissen wir ziemlich genau, was getan werden muss. Das europäische Problem besteht darin, sich aufzuraffen und das Nötige tatsächlich zu tun. Wir können viel von den Besten in Europa lernen, aber die Erneuerung muss ein dauerhafter Prozess in allen europäischen Staaten sein. Mit Ausnahme Großbritanniens sind alle Länder mit guten Reformbilanzen klein. Es stimmt zwar, dass es kleinen Ländern viel leichter fällt, sich zu erneuern. Zugleich aber macht sie ihre geringe Größe viel verletzlicher.

Radikale Reformen scheinen fast überall die Folge vorausgegangener Krisensituationen zu sein. Sie sind unweigerlich schmerzhaft, und oft genug müssen kurzfristige soziale und wirtschaftliche Kos-

ten auferlegt werden, damit längerfristige Ziele erreicht werden können. Die nordischen Länder haben in Europa das Tempo vorgegeben, aber dies erst, nachdem sie in den achtziger und neunziger Jahren eine ganze Reihe ernster wirtschaftlicher Krisen durchgemacht hatten. Die Reformpolitik in Großbritannien folgte einer langen Periode, in der die britische Wirtschaft der kranke Mann Europas war. Die Erneuerung wurde eingeleitet durch die Regierungen von Margaret Thatcher, die wenig von öffentlich erbrachten Dienstleistungen hielten und den Sozialstaat selbst im Großen und Ganzen als untauglich erachteten. Die Thatcher-Reformen wurden unternommen, um den Arbeitsmarkt zu dynamisieren und die Gewerkschaften in die Schranken zu weisen. Aber nichts wurde dafür getan, die ökonomischen Ungleichheiten zu begrenzen, die im Laufe der achtziger Jahre zum charakteristischen Merkmal der britischen Gesellschaft geworden waren und die – allen Gegenmaßnahmen der neuen Labourregierung seit 1997 zum Trotz – bis heute nicht überwunden sind. Der Wandel in Österreich und in den Niederlanden wurde auf einvernehmlichere Weise herbeigeführt, ohne Kollateralschäden zu verursachen, wie sie der Thatcherismus mit sich brachte. Auch hier jedoch wurde die Erneuerung jeweils erst nach andauernden Perioden relativen wirtschaftlichen Niedergangs möglich, der in beiden Fällen schließlich krisenhafte Proportionen annahm.

Die grundlegend wichtige Frage für die nähere Zukunft lautet: Hat das Krisenbewusstsein in Deutschland, Frankreich und Italien so sehr um sich gegriffen, dass der Widerstand der Status-quo-Interessen über-wunden werden kann? Bis jetzt ist es in diesen Ländern weder Regierungen der Rechten noch Regierungen der Linken gelungen, weit reichende Reformen durchzusetzen. Deshalb besitzen alle drei Länder heute Sozialsysteme, die aufrechtzuerhalten sich als unmöglich erweisen wird; dazu kommen hohe Raten von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Aber aus den Druckkochtöpfen dringt erster Dampf – es könnte sein, dass Deutschland, Frankreich und Italien schon bald radikalere und reformfreudigere Regierungen hervorbringen werden.

Was lässt sich auf der Ebene der Europäischen Union erreichen? Die Geschichte der Versuche der EU-Kommission, Reformen auf Gebieten herbeizuführen, auf denen sie keine direkten Kompetenzen besitzt, ist nicht ermutigend. Die so genannte Offene Methode der Koordination wurde ursprünglich 1997 als Bestandteil der Europäischen Beschäftigungsstrategie eingeführt. Später sollte sie sich auch auf die Lissabon-Strategie erstrecken. Die „Offene Methode“ beruht auf zentral aufgestellten Benchmarking-Zielen, die aber für die Mitgliedstaaten keine bindende Wirkung besitzen.

Diese Methode hat sich, sehr zurückhaltend formuliert, nur als mittelmäßig erfolgreich erwiesen. Die Grundprinzipien der Lissabon-Strategie sind heute noch genauso bedeutsam, wie sie es waren, als sie vor fünf Jahren verkündet wurden. Aber die Aufnahmebereitschaft für die Prinzipien ist in denjenigen Staaten, die sich ohnehin bereits in diese Richtung bewegten, deutlich größer gewesen als in anderen. Einige der ein-flussreichsten Länder einschließlich Deutschland, Frankreich und Italien haben sie im Großen und Ganzen ignoriert. Die von Bundeskanzler Gerhard Schröder eingeläutete „Agenda 2010“ beispielsweise erwähnt die Lissabon-Strategie mit kaum einem Wort. Deutschland und Frankreich gingen darüber hinaus auf bewussten Konfliktkurs gegenüber der Europäischen Kommission, als sie die Verschuldungskriterien des Wachstums- und Stabilitätspaktes überschritten.

Es hat sich also klar gezeigt, dass die Lissabon-Strategie „weder einen echten Schub zur Vollendung des Gemeinsamen Marktes noch bedeutsame Arbeitsmarktreformen“ hervorgebracht hat (Sapir 2005: 13). Was ist jetzt zu tun? Manche schlagen vor, einstweilen die Vollendung des Gemeinsamen Marktes ganz in den Vordergrund zu rücken. Dadurch werde der Schwung in Richtung von Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreformen in denjenigen Ländern zunehmen, die genau dies am dringendsten brauchen.

Aber diesen Vorschlag zu befolgen würde die Konflikte verschärfen, die rund um die Dienstleistungsrichtlinie entstanden sind. Diese allerdings ist entscheidend sowohl für die Verwirklichung der Lissabon-Agenda als auch für die Vollendung des Gemeinsamen Marktes. Im März 2005 lehnte der Europäische Rat die Version der Dienstleistungsrichtlinie ab, die die Kommission im Vorjahr erarbeitet hatte. Vielleicht besteht der Weg nach vorne darin, die Blockade in dieser Frage endlich zu überwinden. Gerade an diesem Punkt wäre eine europaweite Debatte über die Zukunft des Europäischen Sozialmodells außerordentlich wichtig, besonders eine, an der sich die führenden Politiker Europas daran ganz direkt beteiligen.

Schluss: Die beste aller Welten?

Ein Europa, das sich der Welt gewachsen zeigen würde, hätte …

- ein Niveau der Ausstattung mit Informations- und Kommunikationstechnologie so wie Finnland;
- eine industrielle Produktivität so wie Deutschland;
- gesellschaftliche Gleichheit so wie Schweden;
- eine hohe Erwerbsquote so wie Dänemark;
- Wirtschaftswachstum so hoch wie in Irland;
- ein Niveau der Gesundheitsversorgung so wie Frankreich;
- ein Bruttosozialprodukt pro Kopf so hoch wie in Luxemburg;
- ein Bildungsniveau so wie Norwegen (das jedoch nicht der Europäischen Union angehört);
- einen kosmopolitischen Geist so wie Großbritannien;
- und Wetter so wie Spanien.

Ich hatte diese Aufzählung zunächst nur als Satire gemeint. Aber vielleicht sollten wir – abgesehen von den spanischen Klimaverhältnissen – tatsächlich nichts Geringeres anpeilen als genau diese hohen Ziele.

Bibliographie

Aiginger, Karl (2005) Towards a New European Model of a Reformed Welfare State, United Nations Economic Survey of Europe, No.1., S. 114.

Amiti, Mary und Shang-Jin Wei (2005) Fears of Service Out-sourcing, in: Economic Policy, April.

Barbier, Jean-Claude (2005) Apprendre vraiment du Danemark? In: Connaissance de l'emploi, Nr. 18, S. 1.

Barysch, Katinka (2005) Liberal versus Social Europe, Centre for European Reform Bulletin, August/September.

Bean, Charles u. a. (1998) Social Europe: One for All? London: Centre for Economic Policy Research.

Castells, Manuel und Pekka Himanen (2002) The Information Society and the Welfare State: The Finnish Model, Oxford: Oxford University Press.

Diamantopolou, Anna (2003) The European Social Model – Myth or Reality? Speech at Labour Party Conference, 29.9.

Esping-Andersen, Gøsta (1989) The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge: Polity Press.

Europäische Kommission (2005) Communication on the Social Agenda, Brüssel, 9. Februar.

Ferrara, Maurizio (1998) Le Trappole del Welfare, Bologna: Il Mulino.

Fortune vom 8.8.2005 "America isn't ready"

Friedman, Thomas (2005) The World is Flat, New York: Allen Lane, S. 7.

Glatzer, Miguel und Dietrich Rueschemeyer (2005) Globalization and the Future of the Welfare State, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.

Gullen Ana M. und Manos Matsaganis (2000) Testing the „Social Dumping" Hypothesis in Southern Europe, in: Journal of European Social Policy 10.

Habermas, Jürgen und Jacques Derrida (2005) February 15, or, What Binds Europeans Together, in: Daniel Levy u.a. Old Europe, New Europe, Core Europe. Transatlantic Relations After the Iraq War. Verso.

Iversen, Torben und Anne Wren (1998) Equality, Employment and Budgetary Constraint: The Trilemma of the Service Economy, in: World Politics, S. 507-546.

Kirkegaard, J.F. (2005) Outsourcing and Offshoring, Institute for International Economics, Working Paper Series, März, S. 1-6.

Leonard, Karl (2005) Why Europe Will Run the 21st Century, London: Fourth Estate, S. 71-73.

Marshall, T.H. (1950) Citizenship and Social Class, Cam-bridge: Cambridge University Press.

Rifkin, Jeremy (2004) The European Dream, New York: Tarcher Penguin.

Rossi, Nicola (2003) Managed Diversity, in: Anthony Giddens (Hrsg.), The Progressive Manifesto, Cambridge: Polity Press and Polity Network.

Sapir, André (2005) Globalisation and the Reform of European Social Models, Hintergrundpapier für die ECOFIN-Sitzung vom 9. September, Manchester, S. 13. Siehe auch http://www.bruegel.org.

Sapir, André u. a. (2003) An Agenda for a Growing Europe, Brüssel: Europäische Kommission, Juli.

Scharpf, Fritz W. (2002) The European Social Model: Coping with the Challenges of Diversity, Köln: Max-Planck-Institut Working Paper.

Schmögnerová, Brigita (2005) The European Social Model, European Economic and Social Committee, Brussels.

Tsoukalis, Loukas (2005) What Kind of Europe? Oxford: Ox-ford University Press, S. 55.

Vaughan-Whitehead, Daniel (2003) EU Enlargement versus Social Europe?, London: Elgar.

Wickham, James (2004) The End of the European Social Model Before it Began? Dublin: Irish Congress of Trade Unions.

Zum Autor

Professor Lord Anthony Giddens, bis 2003 Direktor der London School of Economics and Political Science; Fellow des King's College, Cambridge; seit 2004 Mitglied des britischen Oberhauses.